

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Rudolf Friedli, SVP): Überangebot an Wohnungen in der Schweiz: Es braucht eine Risikoanalyse für den städtischen Wohnungsbau in Bern!

Es zeichnet sich in der Schweiz ein massives Überangebot von Wohnungen ab. Dies betrifft zwar vorab Regionen wie Solothurn und den Oberaargau; aber wegen des geplanten massiven Ausbaus diverser grosser Areale (Gaswerk, Viererfeld, Burgernziel, Egghölzli, Warmbächli) wird das Angebot an Wohnungen auch in der Stadt Bern massiv zunehmen. Nachdem die Stadt jetzt – entgegen den Versprechungen – in der Abstimmungsbotschaft und der völlig anderslautenden Antwort auf die Interpellation des Erstunterzeichners (vgl. dazu die entsprechenden Vorstösse) beim Viererfeld sogar als Investorin auftreten will, muss die Lage neu analysiert werden. Auch könnte es infolge Ertragseinbussen bei privaten Anbietern, die stärkerem Preisdruck ausgesetzt sind, zu einem Rückgang der Steuererträgen führen. Es wäre tragisch, wenn wertvolle Grünanlagen wie das Viererfeld zu früh überbaut würden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt die folgenden Massnahmen durchzuführen:

In Rücksprache mit dem Bodenfonds und anerkannten externen Experten ist die Situation für die von ihr geplanten Wohnungsüberbauungen in Bern aufgrund der neusten Entwicklungen eingehend zu analysieren. Dabei ist insbesondere dem Risiko für den Steuerzahler nachzugehen. Auch soll überprüft werden, ob gewisse Bauvorhaben (insbesondere Viererfeld) zeitlich zurückgestellt werden müssten. Abzuklären ist zudem, was für Auswirkungen das gesteigerte Angebot auf die Steuererträge der Stadt haben wird, wenn sich wegen Leerstandes oder Mietzinssenkungen die Erträge der privaten Hauseigentümer vermindern und viele Wohnungen in Bern plötzlich leer stehen (Verlagerung).

Begründung der Dringlichkeit

Die beantragte Risikoanalyse muss umgehend in die Wege geleitet werden. Es besteht die Gefahr, dass auf Kosten des Steuerzahlers in den nächsten Jahren zu viele Wohnungen gebaut werden und sich in der Stadt Bern ein Übergangbot entwickelt. Dies muss rasch abgeklärt werden, damit rasch Konsequenzen gezogen werden können.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 13. September 2018

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Rudolf Friedli

Mitunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat, Roland Iseli, Daniel Lehmann, Luzius Theiler